

Klimafreundlicher Strommarkt in Westafrika

Projektkurzbeschreibung

Bezeichnung: Förderung eines klimafreundlichen Strommarktes in der ECOWAS-Region

Auftraggeber: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Länder: ECOWAS-Staaten: Benin, Burkina Faso, Cabo Verde, Côte d'Ivoire, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Liberia, Mali, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone, Togo

Politischer Träger: ECOWAS Kommission

Gesamtlaufzeit: 2018 bis 2020



Ausgangssituation

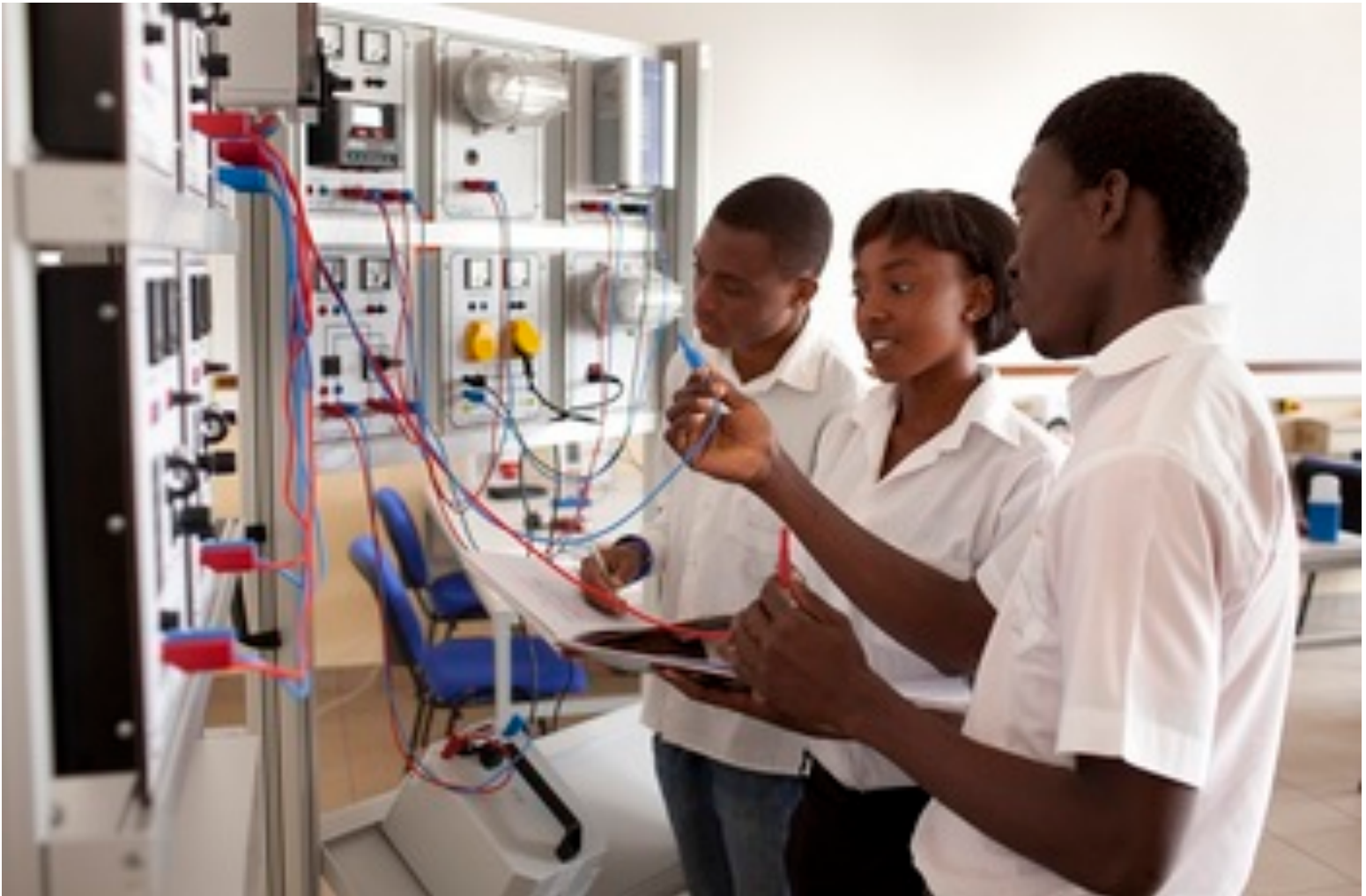
Trotz eines ansehnlichen Wirtschaftswachstums in den Staaten der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS (Economic Community of West African States) von jährlich fünf bis acht Prozent seit 2010 ist die mangelnde und unzuverlässige Versorgung mit Strom nach wie vor ein wesentliches Entwicklungshemmnis in der Region. Von den mehr als 340 Millionen Einwohnern haben nur etwa 42 Prozent Zugang zu Strom. In einem gemeinsamen

Strommarkt der 15 ECOWAS-Mitgliedstaaten könnten Erneuerbare Energien und andere Energieressourcen stärker grenzüberschreitend genutzt und so die Stromversorgung erhöht und stabilisiert werden.

Das aktuelle Projekt baut auf ein Vorgängervorhaben auf, das die Rahmenbedingungen für Erneuerbare Energien in der Region verbessert hat. Den Partnern stehen bereits Best Practice-Erfahrungen für die Wissensverbreitung und Bewusstseinsstärkung zur Verfügung. Stromerzeuger können auf eine Vielzahl von Lösungsmöglichkeiten zur Reduzierung ihrer technischen und kommerziellen Verteilungsverluste zurückgreifen. Mit Ergebnissen auf Ebene der übergeordneten entwicklungspolitischen Wirkungen ist erst zu einem späteren Zeitpunkt zu rechnen.

Ziel

Die Voraussetzungen für einen klimafreundlichen Strommarkt und eine breitenwirksame, technisch und wirtschaftlich effiziente sowie sozial und ökologisch verträgliche Energieversorgung in der ECOWAS-Region sind verbessert. Dadurch schwächt sich der Klimawandel ab und Treibhausgasemissionen sinken. Mittelbar vermindert eine zunehmende Nutzung erneuerbarer Energiequellen auch den Druck auf fossile Ressourcen und die daraus folgenden Umweltschäden.



Vorgehensweise

Kern des Vorhabens ist es, den Schub und die Gestaltungskraft des gemeinsamen energiepolitischen Handelns der Mitgliedstaaten für eine beschleunigte Energiewende auf nationaler Ebene zu nutzen. Das bedeutet, die regionalen Fachinstitutionen der ECOWAS in der Ausübung ihrer Mandate und Funktionen zu stärken. Über die Fachinstitutionen können dann regional abgestimmte energiepolitische und -fachliche Vorgaben sowie Empfehlungen national umgesetzt werden.

Das Vorhaben richtet sich an alle 15 ECOWAS-Mitgliedstaaten und arbeitet in den drei Handlungsfeldern Ausbau erneuerbarer Energien, Ausbau Energieeffizienz und Funktionalität des regionalen Strommarktes.

Das Projekt verknüpft dazu energiefachliche, methodische und Prozessberatung bei den Durchführungspartnern. Außerdem fördert es mit ausgewählten Maßnahmen die Implementierung regionaler Vorgaben in den einzelnen Staaten.

Das Vorhaben stärkt die relevanten Akteure – nationalstaatliche oder lokale Organisationen sowie ausgewählte Energieversorgungsunternehmen – in der Ausübung ihrer jeweiligen Funktionen sowie ihrer Dialog- und Konsensbildungsfähigkeit. Organisationen des Privatsektors oder die Verbraucher werden anlassgemäß einbezogen.



Umgesetzt wird das Projekt mit drei gleichberechtigten Durchführungspartnern: ECOWAS-Zentrum für erneuerbare Energien und Energieeffizienz (ECOWAS Centre for Renewable Energy and Energy Efficiency, ECREEE) mit Sitz in Cabo Verde, Westafrikanischer Stromverbund (West African Power Pool, WAPP) mit Sitz in Benin und der regionalen Regulierungsbehörde für den Elektrizitätssektor der ECOWAS (ECOWAS Regional Electricity Regulatory Authority, ERERA) mit Sitz in Ghana.

Das Vorhaben ergänzt das Engagement der KfW Entwicklungsbank bei der Finanzierung von Erzeugungs- und Übertragungsinfrastruktur zum Aufbau des westafrikanischen Stromverbundes. Es stimmt sich intensiv mit bilateralen und globalen Vorhaben ab, vor allem in Nigeria, Ghana, Senegal und Benin. Eine enge Abstimmung erfolgt ebenfalls mit der Europäischen Union, der US-amerikanischen Entwicklungsagentur (USAID), der Weltbank und anderen Gebern.

Mit der Europäischen Union ist eine Kofinanzierung zur Entwicklung von Energiekorridoren, Qualitäts- und Energieeffizienzstandards sowie zu ländlicher Elektrifizierung durch erneuerbare Energien vereinbart.